ZEITUNG ÜBER EXTRAKTIVISMUS, KLIMAWANDEL, HERRSCHAFT UND ENERGIE #1

OUR CLIMATE

kost nix, aber nicht umsonst.

NOT YOUR BUSINESS

Kein weiteres Mal!

– WIE WIR UNS MIT UNSEREN KLIMAKÄMPFEN NICHT LÄNGER REINLEGEN LASSEN –

September 2014 - Ein weiteres Mal...

... wird ein Klima-Papier einer weiteren UN-Organisation veröffentlich, welches, kurz zusammengefasst, aussagt, dass die aktuelle Situation, in Bezug auf den Klimawandel, beorgniserregnder ist, als alle vorherigen Papiere vorrausgesagt haben. Dazu passt, dass ebenfalls im September auf dem Blog scilogs.de ein Beitrag erscheint über den westantarktischen Eisschild. Dieser habe seinen Kipp-Punkt erreicht. Seine Baschmelzung sei unausweichlich, ein Anstieg des Meeresspiegels um drei Meter ebenso. Sollten auch der Ost-Antarktische und der Grönländische Eisschild abschmelzen, würde der Meeresspiegel um 45 Meter ansteigen.

September 2014 - Ebenfalls ein weiteres Mal...

... führen solche Meldungen nicht zu der notwendigen breiten Debatte über notwendige Änderungen der gesellschaftlichen Organisierung. Es entsteht eine doppelte Dissonanz. Zum ersten zwischen der desaströsen Tragweite der wissenschaftlichen Erkenntnisse auf der einen Seite und der Quantität der gesellschaftlichen Beschäftigung auf der anderen. Und zum zweiten qualitativ zwischen den propagierten Lösungsansätzen (grün gestrichener, fossiler Kapitalismus) und den Notwendigkeiten, um den Klimawandel Einhalt zu gebieten (post-fossilistisches, solidarisches Wirtschaften).

» weiter auf Seite 2

Klimacamp 2014 im Rheinland

Nach 9 Tagen geht auch in diesem Jahr ein erfolgreiches Klimacamp im Rheinland zu Ende. Ungefähr 500 Teilnehmer*innen nahmen an einem vielfältigen Bildungsprogramm teil, besuchten ein Straßenfest in Borschemich und blockierten erfolgreich. » Seite 3

A4-Eröffnung und gleichzeitige Räumung im Hambacher Forst

Am 16. September wurde das neu gebaute Stück der A4 südwestlich von Köln eingeweiht und viele Interessen kamen in diesem Riesenprojekt zusammen. 192 Mio. Euro für 13 km von Bund, Land und RWE. » Seite 5

Neo-Extraktivismus

Ob Kohle aus dem Ruhrgebiet oder Rheinland, Südamerika, Kolumbien, oder Gold aus Griechenland, der Türkei oder Rumänien – das Prinzip ist überall das gleiche. Bodenschätze werden aus dem Boden extrahiert und zur kapitalistischen Verwertung abtransportiert. » Seite 6

Degrowth

Was heißt Post-Wachstum konkret und wie kommen wir dahin? » Seite 8

Diese Zeitung

gibt es für das Erstarken einer konsequenten Klimabewegung, die wir begleiten, unterstützen und kritisch-solidarisch reflektieren wollen.
Sie ist ein offenes Medium und wird kostenlos verteilt. Wir freuen uns über eingesandte Artikel, Kommentare, Grafiken, sowie weitere Mitstreiter*innen und sind angewiesen auf Spenden.
Per E-Mail eingesandte Übersetzungen der Artikel veröffentlichen wir in der Online-Ausgabe.
Kontakt und Impressum » Seite 4

Eine Gesellschaft, die keine adäquaten Lösungen findet, um mit aufkommenden Problem fertig zu werden, ist des Untergangs geweiht. Die Frage ist bloß, ob es mit dem gesamten Planeten zu Ende geht, oder bloß mit dem Kapitalismus. Der quasi-religiöse Stellenwert, den diese Wirtschaftsordnung innehat macht uns dabei Sorgen. Das Wissen wie schnell soziale Bewegungen entstehen und erfolgreich sein können, wenn sich die Bedingungen der Gesellschaft und deren Umwelt ändern, macht Mut.

September 2014, ein weiteres Mal

... gibt es ein Flüchtlingsdrama im Mittelmeer. Klima ist sicherlich nicht die einzige Fluchtursache, sondern in erster Linie, ist dies die ungleiche globale Verteilung kapitalistischen Reichtums. Dass der Klimawandel zuerst diejenigen trifft, die sowieso unter post-imperialistischen Bedingungen ausgebeutet werden, ist ein fieser Witz der Geschichte. Jedenfalls erinnert das erneute Drama daran, dass wir es beim Klimawandel nicht bloß mit einem Umweltkampf zu tun haben, sondern auch mit einem sozialen antirassistischen Kampf.

September 2014, ein weiteres Mal

... findet eine Welt-Klimakonferenz statt (New York). Ein weiteres Mal wird alle Aufmerksamkeit die irgendwie mit dem Klima-Thema generierbar ist, dorthin gelenkt werden. Alle Hoffnungen werden auf die "Staatsführer" gelenkt werden (die ganz andere Interessen haben, als das das Weltklima zu retten), um am Ende ein weiteres Mal enttäuscht zu werden, und bis zur nächsten Weltklimakonferenz in Resignation zu verharren. Weltweit gehen tausende auf die Straße. Die Message ist unklar. Doch wofür genau?

September 2014. Das erste Mal

... erscheint die Zeitung "our climate, not your business". Wir bringen diese Zeitung heraus, weil trotz allem Negativen, das wir oben beschrieben haben, an das Erstarken einer konsequenten Klimabewegung glauben, die wir mit dieser Zeitung begleiten, unterstützen und kritisch-solidarisch reflektieren wollen. Aus folgenden Gründen glauben wir an das Erstarken einer konsequenten Klimabewegung.

September 2014: Nicht mehr "Mehr"

... sondern weniger und ganz anders müssen wir produzieren. Das ist die Message, der Degrowth-Konferenz mit 3000 Teilnehmer*innen. Was uns dabei freut, ist dass die Akteur*innen dieser Konferenz nicht ein homogener Haufen sind, sondern aus sehr verschiedenen gesellschaftlichen Spektren kommen. Es scheint, als ob sich an den verschiedensten gesellschaftlichen Orten die Erkenntnis einschleicht, dass auch ein "green new deal" nicht den Grundwiderspruch lösen kann, dass unbegrenztes Wirtschaftswachstum bei begrenzten Umweltressourcen noch immer nicht möglich ist. Zum anderen erfreut uns, dass die Diskussionen gegen Ende der Konferenz in die Richtung gingen, dass Degrowth praktisch werden muss. Die Kämpfe gegen Bergbau werden in den Fokus gerückt und auf dem Abschlusspodium kündigte das Orgateam der Konferenz an, dass die 2015 Blockaden von Braunkohle unterstützen will.

Oktober 2014: Kein weiteres Mal

... soll der Fokus der Klimabewegung auf die COPs gelenkt werden, um sich ein weiteres Mal reinlegen zu lassen. Das ist das Motto der Aktionskonferenz, Anfang Oktober in Köln, auf der darüber diskutiert wird, was 2015 passieren soll, wenn in Paris die COP stattfindet. Anstatt den Fokus auf die Anzugträger*innen zu legen, die sich dort treffen, will die Klimabewegung lieber mit allen, die ein Interesse an tatsächlichen Klimaschutz haben, an die Quellen des CO_2-Austoßes gehen, um diese zu stopfen. Auf konkrete Ergebnisse der Konferenz sind wir gespannt.

Klimacamp 2014

EIN RÜCKBLICK AUS DEM RHEINLAND

Nach 9 Tagen geht auch in diesem Jahr ein erfolgreiches Klimacamp im Rheinland zu Ende.
Ungefähr 500 Teilnehmer*innen nahmen an dem vielfältigem und umfangreichem Bildungsprogramm teil, gestalteten und besuchten ein Straßenfest in Borschemich und blockierten an einem kraftvollen Aktionstag erfolgreich mehrere Kohlebagger.

Aber warum überhaupt ein Klimacamp?

Mit seinen drei Tagebauen und fünf Kraftwerken ist das rheinische Braunkohlerevier Europas größte CO_2-Quelle. Allein das Kraftwerk Niederaußem emittiert pro Jahr ca. 29 Millionen Tonnen CO_2. Das ist in der Sekunde fast 1 Tonne – also mehr, als ein Mensch in Bangladesch in einem ganzen Jahr verursacht. Für den angeschlagenen Energiekonzern RWE ergibt sich daraus reichlich Profit, für hunderte Millionen Menschen, besonders im globalen Süden, bedeutet es den Verlust ihrer Lebensgrundlagen.
Das Klimacamp befand sich dieses Jahr in unmittelbarer Nähe zum Tagebau Garzweiler und damit am Ort des Geschehens; da wo der Ruin des globalen Klimas seinen Anfang nimmt. Weltweit steigen die CO_2-Emissionen trotz noch so vieler Klimagipfel und Lippenbekenntnissen der herrschenden Politiker*innen weiter an. Extremwettereignisse wie Überschwemmungen, Dürren, Wirbelstürme häufen sich. Arten sterben aus, fruchtbare Böden werden zu Wüsten und Krankheiten breiten sich aus. Die Folgen sind Armut, Trinkwassermangel, Hungersnöte, Flucht für Millionen von Menschen. Wenn dieser Trend nicht drastisch umgekehrt wird, könnten bald sogenannte Kipppunkte (tipping points) erreicht werden, an denen Rückkopplungseffekte wie z.B. das Auftauen der Permafrostböden und der dadurch entstehende Methanausstoß eintreten, die den Klimawandel weiter beschleunigen und außerhalb der menschlichen Kontrolle bringen würden.
Auch die lokalen Folgen des Braunkohleabbaus sind verheerend. Ganze Dörfer werden abgebaggert, wertvolles Ackerland zerstört, zehntausende Menschen umgesiedelt. Wichtige Ökosysteme wie der Hambacher Forst werden abgeholzt. Damit die Gruben nicht absaufen, wird das Grundwasser hunderte Meter abgepumpt. Das hat auch negative Auswirkungen auf Landwirtschaft und Feuchtgebiete, bis in die Niederlande hinein, und verursacht Bergschäden an Gebäuden in den Tagebaugebieten. Durch die Tag und Nacht laufenden Schaufelradbagger werden enorme Mengen Grob- und Feinstaub aufgewirbelt, sowie radioaktive Stoffe freigesetzt.
Trotz propagierter Energiewende erlebt die Braunkohle eine Renaissance. 2013 wurde in Deutschland soviel Braunkohle verstromt wie nie zuvor in den letzten 20 Jahren. Im angeblichen Vorzeigeland der Energiewende macht die klimaschädliche Braunkohle 25% im Energiemix aus. Zwei weitere Kraftwerksblöcke sind in Planung. Wenn es nach RWE ginge, soll der Tagebaubetrieb im Rheinland noch bis mindestens 2045 weiterlaufen.
Um sich diesem globalen und lokalen Wahnsinn möglichst effektiv entgegenzustellen und verschiedene Widerstandsfelder abzudecken, baut das Klimacamp auf die 4 Säulen nachhaltiges Zusammenleben, Bildung, Vernetzung und (direkte) Aktionen auf.

Nachhaltiges Zusammenleben

Das Klimacamp will so ressourcenschonend wie möglich sein und ein solidarisches Zusammenleben ermöglichen. Es soll eine Alternative zur konsumorientierten, kapitalistischen Lebensweise bilden, in der einzelne Menschen auf Kosten von anderen leben. Die Vokü hat bio-veganes Essen gekocht, der verwendete Strom wurde fast ausschließlich mit erneuerbaren Energien wie Photovoltaik und Wind erzeugt, und Kompostklos brauchen keine Chemie und verschmutzen kein Wasser. Das Camp war zudem in Nachbarschaften und Sprecher*innenräten organisiert.

Bildung

Das Klimacamp soll ein Raum für emanzipatorische Bildung sein. Wissen wird miteinander geteilt, um die komplexen Zusammenhänge in unserer Gesellschaft zu durchschauen und um daraus Konsequenzen ziehen zu können.

Neben Energie- und Klimathemen lag ein Schwerpunkt des diesjährigen Bildungsprogramms auf Wachstumskritik. Denn alle Maßnahmen gegen Klimawandel bleiben Symptombekämpfung, solange wir nicht das grundlegende Prinzip unseres Wirtschaftssystems ändern, das auf unendlicher Ausbeutung endlicher Ressourcen beruht.

Vernetzung

Wenn wir allein vor dem Fernseher oder der Zeitung sitzen, können Katastrophennachrichten lähmend wirken. Es ist wichtig, diese Lähmung und diese Vereinzelung zu überwinden und sich zusammenzuschließen. Auf dem Camp trafen sich Menschen aus aller Welt, die auf verschiedene Weise gegen die Zerstörung der Natur und für eine gerechte Gesellschaft kämpfen. Das Camp gab Raum für Vernetzung und Austausch untereinander.

Verschiedene Spektren und Themen konnten angesprochen werden. Egal ob Mitglieder*innen von umwelt- und entwicklungspolitischen Organisationen, Parteien, Anwohner*innen, Linksradikale, Gewerkschaften oder Anarchist*innen. Es wurde versucht, verschiedene politische Auseinandersetzungen inhaltlich mit dem Klimathema zu verbinden; ob Anti-Atom-, oder Anti-Rassismus-Bewegung, Anti-Militarismus und andere.

(Direkte) Aktionen

Aktionen gegen Klimawandel bedeutet mehr als sich eine Steckerleiste anzuschaffen. Um die Ursachen des exzessiven CO_2-Ausschusses anzugehen, müssen sich grundlegende Rahmenbedingungen ändern. Dafür braucht es eine soziale Bewegung, die – jenseits von UN-Gipfeln und Energiesparfibeln – so breit und wirkungsvoll wird wie die Anti-Atom-Bewegung. Das Thema Klimaschutz gehört auf die Straße, auf die Bäume, auf Schienen!

Direkte Aktionen gab es dieses Jahr während einem vorher angekündigten Aktionstag in beachtlicher Anzahl. Die Idee war viele dezentrale Aktionen zu machen, was sehr erfolgreich war. Insgesamt wurden innerhalb eines Tages 3 Bagger im Tagebau Garzweiler mit Sitzblockaden auf und vor den Maschinen für mehrere Stunden gestoppt. Vor einer Ankettaktion während der Baggerblockade im Tagebau Garzweiler wurde auch die Kohlebahn, welche die Kohle aus dem Tagebau Hambach zum Kraftwerk Niederaußen bringt, mit einer Ankettaktion auf den Gleisen gestoppt. Zeitgleich seilten sich zwei Kletterer*innen über der Kohlebahn ab und verhinderten ein Fortkommen.

Um das Klimacamp auf die Beine zu stellen, braucht es Menschen, die im Vorfeld die wichtigsten Dinge organisierten. Wie zum Beispiel den Ort, das Bildungsprogramm, die Mobilisation für das Klimacamp und weitere Eckpfeiler. Durchschnittlich alle 4 Wochen gab es ein Vorbereitungstreffen irgendwo im Rheinland an dem alle Organisierenden teilnehmen konnten. Die Aufteilung in kleinere Arbeitsgruppen wie zum Beispiel Ortsfindung, Infrastruktur oder Presse machte es möglich auch zwischen den Treffen effektiv zu arbeiten. Grundsätzlich waren alle Gruppen offen und jederzeit konnten neue Menschen hinzukommen und damit zu einem Gelingen des Camps beitragen. Auch auf dem Camp sind diese Gruppen weiterhin offen gewesen. Es wurde sogar ausdrücklich darauf gesetzt, dass neue Menschen zu den Gruppen hinzustoßen – einerseits um Menschen zu entlasten, aber auch um weitere Orte des Austauschs und des Lernens zu schaffen.

Die Offenheit sollte mit der Entsprechung eines emanzipatorischem und herrschaftskritischen Ansatzes jeder*m Besucher*in die Möglichkeit geben das Camp nicht nur zu besuchen, sondern selbst mitzugestalten, Prozesse mit Leben zu füllen und eigene Erfahrungen einfließen zu lassen.

So ist auch der Prozess für ein Klimacamp 2015 offen und freut sich auf weitere Menschen mit neuen Ideen.

Alle weiteren Infos findet ihr auf der Homepage klimacamp-im-rheinland.de.

Weitere interessante Links zum Thema Energiekämpfe und Widerstand gegen Braunkohle ausgeco2hlt.de, hambacherforst.blogsport.de, ekib.blogsport.eu.

Impressum
V.i.S.d.P.:
WAA c./o. Redaktion o.c.n.y.b.
Kallsgasse 20 / 52355 Düren
Web: https://we.riseup.net/ocnyb
E-Mail: o.c.n.y.b@riseup.net

Diese Zeitung erscheint mit einer Auflage von 2.000 Stück.
Für weitere Ausgaben sind wir auf Spenden angewiesen.
Sonscht Gaddoffeldruck.

Konto: Spenden & Aktionen
Kontonummer: 92881806
BLZ: 513 900 00
Bank: Volksbank Mittelhessen
Betreff: Klimazeitung

Eröffnung der neuen A4 und gleichzeitige Räumung im Hambacher Forst

Am Dienstag, den 16. September, wurde das neu gebaute Stück der A4 südwestlich von Köln eingeweiht. Vielerlei Interessen und Verfilzungen kamen in diesem Riesenprojekt zusammen. 192 Millionen Euro kosteten die 13 km, die von RWE, Bund und Land finanziert wurden. Insgesamt 100 Millionen Euro kamen von Bund und Land, der Rest steckte RWE selbst in den Bau.

Denn nur für die Interessen von RWE wurde dieses Stück Autobahn verlegt. RWE macht auch öffentlich kein Hehl daraus, dass nur mit der Verlegung der Autobahn der Tagebau Hambach erweitert werden kann.

Seit nunmehr 10 Jahren begleitet die Bürgerinitiative Buirer für Buir sowohl den Bau der A4 als auch den Ausbau des Tagebau Hambachs sehr kritisch. Menschen die in Buir leben, leben jetzt sowohl an der neuen 6-spurigen Autobahn, als auch an der neu verlegte Kohle-Transport-Strecke, als auch am zukünftigen Tagebaurand, wenn es denn jemals soweit kommen sollte, dass RWE den Tagebau wie geplant erweitern kann. Die Belastung von Fein- und Grobstaub und dem Lärm des Tagebau Hambachs lastet wie auf allen anderen Dörfern im Umkreis auch auf Buir. Nun befürchten die Buirer dass durch die Autobahn die Belastungen noch größer werden.

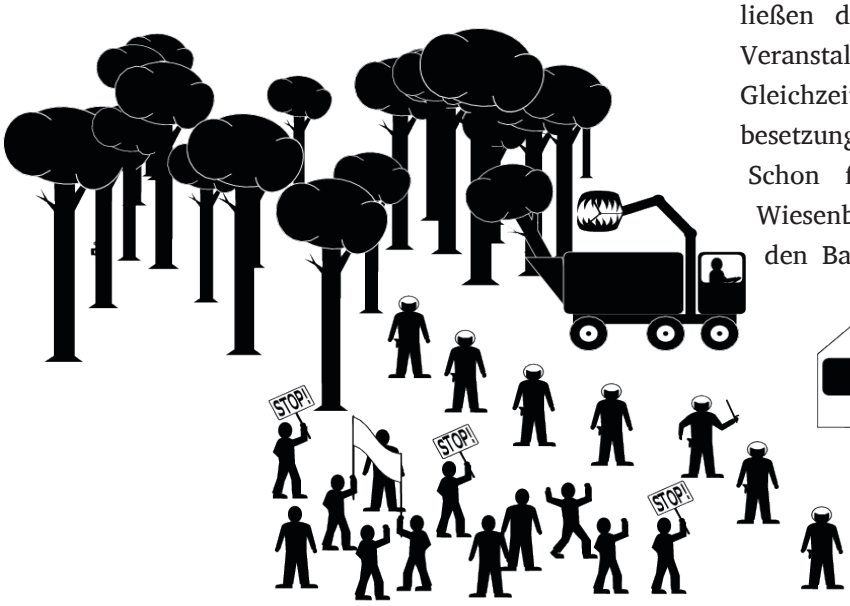
Am Dienstag besuchte eine Trauergemeinde die Eröffnung auf der Autobahn. Ungefähr 50 in schwarz gekleidete Menschen trugen mit Schildern und einem Sarg ausgestattet symbolisch die Stille in Buir zu Grabe. In Stille zogen sie an den Besuchern der Einweihung und am „Festzelt“ vorbei, das eigens für die Reden der Funktionär*innen, wie RWE-Vorstandsvorsitzender Thomas Hartung und NRW-Verkehrsminister Matthias Groschek errichtet wurde.

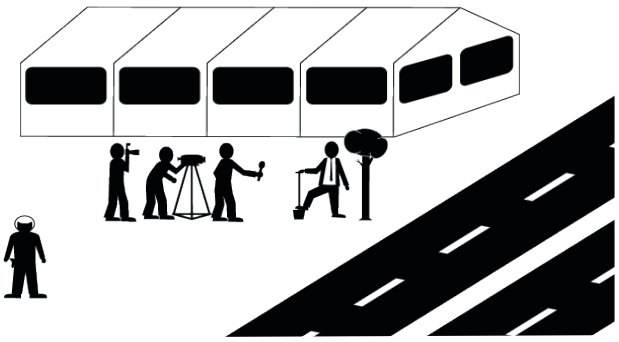
Den Buirern für Buir wurde im Vorfeld der Einweihung untersagt eine Rede zu halten. Wie unerwünscht sie waren zeigte sich im Verhalten der Funktionär*innen und der Polizei. Alle Funktionär*innen ignorierten sie die ganze Veranstaltung über und hielten sie durch die Polizei davon ab neben dem Zelt zu stehen oder es zu betreten. Einzig und allein der NRW-Verkehrsminister Matthias Groschek sprach zu den Demonstrierenden, allerdings in einer angreifenden Funktion, als das er im Beisein der Presse versicherte, dass die Recherchen der Bürgerinitiative nicht richtig seien und es mit dem Bau rechtlich immer einwandfrei gelaufen sei. Laut ihm sollten „Wutbürger die Kirche doch mal im Dorf lassen.“ Weitere Worte von ihm setzten Protest gegen solch unnütze Projekte wie den Autobahnbau mit Abschaffung der Demokratie gleich. „Die A4 ist nicht mit Lug und Trug gebaut worden. „Wer etwas anderes behauptet, schafft den Nährboden für die, die unsere Demokratie abschaffen wollen.“

Nachdem die Polizei den Spatenstich für eine Baumpflanzung; einer der Programmpunkte weitäumig absperrte und niemanden in die Nähe ließen verließen die Buirer unter wütenden Äußerungen die Veranstaltung.

Gleichzeitig spielten sich auf der Wald-und Wiesenbesetzung im Hambacher Forst ähnliche Szenen ab.

Schon früh morgens begannen Polizist*innen die Wiesenbesetzung einzukesseln um den Zugang zu den Baumbesetzungen zu versperren und es für die





Besetzer*innen unmöglich zu machen die Einweihungsveranstaltung zu besuchen . Nachdem sie sich unter Verweigerung der Auskunft über Dienstnummern und über das Vorgehen illegalerweise in gewohnt agressiver Weise Zutritt zur Wiesenbesetzung verschafften begann schweres Gerät an einer der Besetzungen im Wald alle halbhohen Plattformen und alles am Boden zu zerstören. Es wurden Personen von der Polizei angegriffen, durchsucht und Besucher durch Androhung von Festnahme und Abgabe der Personalien versucht davon abzuhalten den Wald zu betreten. Sowohl die RWE-Security als auch die Polizei waren mit Hunden im Wald unterwegs.

Interessant ist die Choreographie der beiden Ereignisse. Ein Beispiel für den politischen Filz der zwischen RWE und den Behörden existiert. Der Einsatz der Polizei auf den Besetzungen begann kurz vor dem Beginn der Einweihungsveranstaltung. Somit bündelte sich die Presse auf der Einweihung und die Polizei hatte ohne Beobachtung freie Hand bei der Teilräumung. Auch dauerte der Polizeieinsatz nur solange wie die Veranstaltung. Somit gelangen die Journalisten erst nach der Räumung auf die Besetzung um zu berichten.

Recherchen der Buirer für Buir ergaben dass der Bau der Autobahn, dessen Verwirklichung jahrelang unklar war, nur durch Fälschung von Gutachten möglich gemacht werden konnte. Eine Klage gegen die Verlegung der Autobahn seitens der Bürgerinitiative wurde abgewiesen. Das der Bund und das Land RWE durch die finanzielle Unterstützung von 100 Millionen Euro unterstützen zeigt wieder einmal wie sich die regierende Parteien des Landes NRW zum Thema Braunkohleverstromung stellen und wie sie es durch weitere indirekte Subventionen möglich machen das RWE mit ihrem Wirken Jahr für Jahr Hunderte Millionen Tonnen Braunkohle verbrennt und den Klimawandel dadurch wesentlich anheizt.

Neo-Extraktivismus

Wer kämpft eigentlich noch gegen den Ausnahmezustand der benutzten Natur?
Kein Tier, kein Baum, kein Fluss und kein Meer besitzt noch irgend einen Wert in sich selbst.
Sie alle sind entwertet durch die Tatsache, dass sie kein Geld sind.
Konstantin Wecker

Was für ein Titel ist das denn? Ok, Extraktivismus ist klar - das kommt vom lateinischenen „extrahere“ - herausziehen. Aber dieses „Neo“?

Auf der Halbinsel Chaldiki verletzen die kanadische Eldorado Gold Corp. und Hellas Gold S.A. griechische und europäische Gesetze, da ihre Minen trotz heftigem Protest in der Nähe von NATURA 2000 Gebieten liegen.

Die einfache Antwort wäre: Wie beim Kolonialismus hat sich die ursprüngliche Bedeutung verändert, während das Prinip ähnlich geblieben ist. Doch in diesem Fall ist es umgedreht: Die Bedeutung ist gleich, aber das Prinzip hat sich verändert. Klingt unlogisch?

Laut der allwissenden Müllhalde gilt Extraktivismus als eine „Bewirtschaftungsform von Naturlandschaften, aus denen Produkte entnommen werden, ohne die natürlich vorkommende Artenzusammensetzung zu stören. Pflanzenarten, die bislang nicht domestiziert werden können und daher nicht angebaut werden, werden auf diese Weise bewirtschaftet“. Kurz: Ernten und Jagen, also wildbeuterisch, Neo-Extraktivismus dagegen meint den irreversiblen Abbau von Bodenschätzen wie Gold, Kohle oder Bauxit für Aluminium. Agrobusiness zum Export von Kaffee-, Soja- oder Palmöl gehören auch dazu. Bei extensivem Feld- und Ackerbau verlaufen die Grenzen zur Subsistenzwirtschaft, also auf Autarkie ausgerichtete Anbaumethoden, fließend. Es geht in beiden Fällen ums „Herausziehen“, neuerdings inklusive Zerstörung.

Seit einigen Jahrzehnten wird die akkumulierende, also auf Überschuss getrimmte Wirtschaftsweise als

höher entwickelt angesehen. Nur was auf (internationalen) Märkten gehandelt wird, taucht im Bruttoinlandsprodukt auf und trägt zum vermeintlichen Reichtum eines Landes bei. Kulturen, die Konzepte wie Export oder Rationalisierung für höhere Stückzahlen nicht kennen, sind nach kapitalistischer Ideologie nicht messbar und daher arm, müssen entwickelt werden.

Seit der Kolonialzeit wird nach dieser Logik die Agrarwirtschaft in Afrika und Lateinamerika auf den Export optimiert, wodurch die Befriedigung lokaler Bedürfnisse verhindert wird und z.B. Nahrungsmittel importiert werden müssen. Die lokale Produktion führt nicht zur Unabhängigkeit, sondern im Gegenteil.

Raúl Prebisch aus Argentien fasste dies mit anderen Ökonomen der Wirtschaftskommission für Lateinamerika (CEPAL) in Santiago de Chile als Dependenztheorie zusammen. Demnach seien für Wohlstandsunterschiede nicht nur der (technologische) Entwicklungsstand eines Landes entscheidend, sondern auch die (begrenzten) Möglichkeiten, Preise auf dem "freien" Weltmarkt zu beeinflussen, sodass (1) arme Länder zum Anbieten von Naturressourcen und billigen Arbeitskräften, und Empfang überholter Technik und Überschüsse reicherer Industrienationen gezwungen seien, weil (2) Industrienationen zum Erhalt ihres darauf basierenden hohen Wohlstands, aktiv Abhängkeitsfaktoren aufrecht erhalten.

In mehreren Ländern Lateinamerikas wurde versucht, durch den Aufbau eigener Industrieanlagen („Selektives Wachstum von Schlüsselindustrien“), die wirtschaftliche Abhängigkeit von Importen zu verringern. In Kombination mit importsubstituierender Industrialisierung (ISI) - u.a. Protektionismus mit Importzöllen und Einfuhrobergrenzen. 1961 initierte J.F. Kennedy die „Allianz für den Fortschritt“ und rief das „Jahrzehnt der Entwicklung“ aus. Tausende Friedenscorps-Freiwillige aus dem USA halfen im Kampf gegen kommunistischen Einfluss bei infrastrukturellen Großprojekten wie der brasilianischen Hauptstadt Brasilia.

Durch mehrere rechte Militärputsche in den 60er Jahren (Bolvien, Brasilien, Argentinien) fand diese Entwicklung ein jähes Ende und mit der Machtergreifung Augsto Pinochets in Chile 1976 wurde das geistige Zentrum CEPAL um Prebisch durch Milton Friedman und die „Chicago Boys“ ersetzt. Sie unterzogen Diktator Pinochet einem Training in Liberalisierung und Privatisierung und der Kontinent erlebte eine Re-Reprimarisierung der Wirtschaft - eine erneute Konzentration auf den Export von Rohstoffen, anstatt industrieller Güter. Was heute als Neoliberalismus gefürchtet wird, wurde dort geprobt und ging schief. Als bis auf die Kupferindustrie in Chile alles privatisiert war, wurden die von Pinochet abgeschafften Mindestlöhne auf Grund entschlossener Proteste wieder eingeführt. Mit der Schuldenkrise der 80er-Jahre verschafften (Hyper-) Inflationen IWF und WTO Füße in die Tür, um neoliberale Strukturanpassungen wie Privatisierungen und Haushaltskürzungen zu erzwingen. Auch bekannt als „Washington Consensus“ oder auch „Agenda 2010“.

Heute sind die Modernisierungstheorie, nach der alle Nationalökonomien ähnliche Entwicklungsphasen durchlaufen und mit etwas Unterstützung einen ähnlich hohen Lebensstandard erreichen können, und das Prinzip der Entwicklungshilfe angekratzt. Nach Ivan Illich führt die Wachstumsideologie jediglich zu einer „Modernisierung der Armut“, weil das Abhängigkeitsverhältnis - Export von Rohstoffen und Import von Luxus-/Konsumgütern - nicht aufgehoben wird. In „Selbstbegrenzung - Werkzeuge für Konvivalität“ kritisiert er 1973 die industrielle Produktivität in Markt- und Planwirtschaft und prägt den Begriff Konvivalität für ein alternatives Konzept: der technische Fortschritt soll ethischen Maßstäben und nicht zur Überschussproduktion dienen. Davon unbeeinflusst nutzen heute sozialistische Regierungen in Lateinamerika Einkünfte aus Primärexporten zur Armutsbekämpfung und verfallen dabei der gleichen Abhängigkeit von Weltmarktpreisen und Wachstumslogiken. Lokale Proteste machen dabei nicht nur auf ökologische Probleme aufmerksam.

Auch in Europa wurden mehrere Länder in die Schuldenfalle gelockt und nach IWF-Manier ausgeraubt. Goldabbau in Rumänien bei Roșia Montană, auf der griechischen Halbinsel Halkidiki und bei Asturia in Spanien folgen dem gleichen Prinzip zerstörerischer Naturausbeutung. In den folgenden Ausgaben sollen die Abbaugebiete, sowie Protest und Repression im Detail vorgestellt werden.

Degrowth

ÜBERGANG IN EINE POSTWACHSTUMSGESELLSCHAFT

Um Alternativen zur Wachstumslogik ging es auf der Degrowth-Konferenz 2014 in Leipzig. Ulrich Brand beschrieb in seinem Vortrag „Degrowth & post-extractivism“ die notwendigen bevorstehenden Änderungen als einen Wandel auf Makroebene mit Gewinn auf dem Mikrolevel.

Das dominante Entwicklungsmodell basiert auf imperialer Politik, um den kapitalistischen Weltmarkt mit Produkten zu überschwemmen und die, in den letzten 50 Jahren antrainierte und nunmehr eingeforderte, bequeme Lebensweise des globalen Nordens zu befriedigen. Kritik darf sich daher nicht auf Neoliberalismus und Austeritätspolitik (Sparzwang) beschränken, sondern muss auch den eigenen imperialen Lebensstil einbeziehen. Traditionell ist die Mittelklasse in Europa in die fossilistische (auf fossilen Rohstoffen beruhende) Wirtschaftsweise sehr viel stärker einbezogen, als z.B. in Lateinamerika, denn hier profitieren alle indirekt von der im Namen von Konsument*innen vollzogenen Ressourcenaneignung überall auf der Welt. Das Reflektieren eigener Privilegien im Alltag ist Voraussetzung für politische Entscheidungen. Wachstumsgrenzen festzulegen, kann nicht ohne unseren Willen, auf klimaschädlichen Komfort zu verzichten, funktionieren.

Die Umweltdebatte verharrt häufig im Reden um Menschlichkeit, begrenzte Ressourcen und Notwendigkeit der Kooperation ohne die Rolle von Staat und Markt in Frage zu stellen. Anstatt der Konzentration auf Wirtschaftszyklen sollte der Fokus auf den Machtbeziehungen der sozialen Akteur*innen liegen. Umweltzerstörung wird dabei meist erst dann zum politischen Problem, wenn Widerstand der Kapitalsteigerung im Weg steht. Die ökologische Krise kann daher nicht aus systemimmanenter Perspektive gelöst werden, wenn die ökologische Modernisierung hin zum Grünen Kapitalismus mit der dominanten Aneignung von Naturressourcen fortgestzt wird.

Das Prinzip "Export statt lokaler Wohlstand" bietet auf Dauer keine befriedigende Lösung für schwelende Konflikte und Umweltprobleme. Das Vertrauen in, um das Klima besorgte, Eliten ist spätestens seit den Weltklimaverhandlungen der COPs (Conference of Parties) erschöpft, denn das Spiel, die Notwendigkeit von Änderungen zu beteuern und anschließend Politik und Unternehmen zu überlassen, Lösungen für uns zu suchen, hat seinen Charme verloren.

Wir sind gefragt! Konkrete Utopien und alternative Gesellschaftsformen können nur von jenen Akteur*innen kommen, die sich im Alltag vom Kapitalismus abwenden. Politische Strategien müssen Praxis werden. Dabei kann insbesondere das Reflektieren der Unterschiede in sozialer Organisierung und alltäglicher (Re-)Produktion zum globalen Süden inspirierende Anstöße liefern.

Rob Hopkins sieht die Transition-Town-Bewegung als praktische Manifestation der Post-Wachstums-Gesellschaft. Während riesige Arbeitgeber als zentrale Geldgeber einer Region das gesamte kreative Potential absaugen und damit Selbstorganisationstendenzen lähmen, ist es für „Gutes Leben“ dagegen wichtig zu fragen, „was habe ich jetzt und was davon kann ich teilen?“. Das Prinzip ist, mit anderen ein kooperatives Verhältnis einzugehen, um Individualiserung zu überwinden. Durch die Nutzung lokaler Ressourcen wachsen tragfähige Netzwerke mit niedrigem ökologischem Fußabdruck und langfristig können daraus reale Werte in Gemeinschaftsbesitz entstehen.

Gleichzeitig ist es weiterhin notwendig, der globalen Extraktionsmaschine im Wege zu stehen, und lokal lebenswerte Orte zu verteidigen. Weil es dabei eben nicht ausreicht, nur vor der eigenen Haustür zu kehren oder gar kurzsichtigem Heimatschutz zu verfallen („Kohle lieber aus dem Ausland”), sollten wir stärker den Kontakt zu betroffenen Menschen auf der Welt zu suchen und durch direkte Aktionen zu unterstützen. Eine Vernetzungsplattform dafür ist die Webseite des Netzwerkes Energiekämpfe in Bewegung, ekib.blogsport.eu.

Termine

24./25.10. Herbst-Ratschlag, BuKo Vor- und Nachbereitungstreffen, Dortmund, mehr auf buko.info

30.10. Prozess gegen die Besetzer*innen der Grünen-Parteizentrale

30.10. bis 29.3 Anti-Rodungs-Aktionstage im Hambacher-Forst